

Der Rechtstrend der Bundesrepublik

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **63 (1969)**

Heft 9

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Rechtstrend der Bundesrepublik

Auch in der Schweiz verfolgen informierte Kreise die Entwicklung der NPD mit Sorge. Die Wahl des neuen Bundespräsidenten Gustav Heinemann hat allerdings auch Hoffnungen geweckt, doch wird die Durchschlagskraft seiner Politik stark vom Ausgang der Wahlen im September abhängen.

Ein Vergleich des Parteiprogramms der NPD und gewisser Aussprüche von Thaddens beim dritten Parteitag mit demjenigen der ehemaligen Nazi-partei NSDAP zeigt, wie sehr Grundsätze und Ziele aus jener Zeit hier wieder aufleben: so der «Auftrag» zur «Wiedergeburt der deutschen Nation», die Befürwortung von Elitegymnasien, die Forderung eines militärischen Führertums (mit selbstverständlicher Aufhebung der Möglichkeit zur Verweigerung des Kriegsdienstes), die Forderung der Militärgerichtsbarkeit, die Verleihung der Disziplinargewalt an Kommandeure und Einheitsführer.

Wozu die Rückkehr zum «gewachsenen Volkstum», zur Militärmacht dienen soll, wird nicht verschwiegen: die «Wiedervereinigung», und zwar nicht nur mit der DDR, sondern auch mit Einbeziehung der Oder-Neisse-Gebiete und des Sudetenlandes. Diese Ziele sind nicht verwunderlich, wenn man weiss, dass im Bundesvorstand der NPD fast ausschliesslich Funktionäre der NSDAP und ihrer Unterorganisationen zu finden sind.

Es scheint unbegreiflich, dass diese für Deutschland und die Welt gefährliche Partei nicht nach Artikel 139 des Grundgesetzes schon längst aufgelöst wurde, doch ist zuwenig bekannt, in wie vielen Ämtern und Gerichten ehemalige Nazi-Aktivisten tätig sind und wie stark auch in Bundesregierung und Bundestag seit 1945 bis heute die sich aus der Niederlage ergebenden Tatsachen zurückgewiesen werden: «Wir wollen verhandeln mit drüben, aber *nicht* unter der Bedingung der Anerkennung der sogenannten Realitäten. Das ist eben die bitterste aller Realitäten, dass die Sowjetunion von uns die Anerkennung des Status quo als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges verlangt» (Bundeskanzler Kiesinger, 25. April 1969).

Ebenso ist zuwenig bekannt, dass durch Schulbücher und Massenmedien «der Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachgehalten und die Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrag Europas vorbereitet werden soll». So wurde gegen Ende 1968 jede Schule in der Bundesrepublik mit einer farbigen Landkarte bedacht «Deutsche Heimat im Osten», Absender: das Büro «Bonner Berichte» (in «Schule und Nation», Heft 3, 1969).

Dasselbe wird den Millionen Fernsehzuschauern Abend für Abend im Ersten Programm mit der Wetterkarte auf dem Grundriss des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gezeigt.

Heute, am Jahrestag des Einmarsches der Warschaupaktstaaten in die CSSR ist es — trotz aller Ablehnung der sowjetischen Einmischung — am Platz, die Bonner Bemühungen, eine für Deutschland günstige Situation vorzubereiten, näher zu betrachten. So schrieb der heutige Finanzminister und Vorsitzende der CSU, *F. J. Strauss*, 1962: «Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der

modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen... Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewussten oder unbewussten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde innere Änderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen... Hier in Europa sprechen entscheidende Umstände für die Möglichkeit einer erfolgreichen psychologischen Kriegsführung des Westens (Neue Ostpolitik in «Aussenpolitik», November 1962).

Welche Erfolge man sich in Bonn von der «psychologischen Kriegsführung» verspricht, zeigt unter anderem ein Artikel in der «*Bonner Rundschau*» vom 26. Juli 1968, also kurz vor dem Einmarsch der Warschaupaktstaaten in die CSSR: «Das eiserne Dreieck (gemeint sind DDR, Polen und CSSR), das diese drei bilden, ist das Herzstück des Warschauer Paktes... Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, was ein Ausscheren Prags aus diesem Dreieck bedeuten würde. Die Südflanke der Zone und Polens wäre nicht mehr gedeckt, ein Vorstoss gegen die sowjetische Grenze wäre denkbar. Das Dreieck hätte seinen Wert, der Warschaupakt sein Herzstück verloren.»

Zufolge des Hereinfalls der Warschaupaktmächte auf diese Bonner Spekulation, wenn wir das so nennen dürfen, hat Bonn auf jeden Fall die Genugtuung erhalten, dass seit dem 21. August 1968 die Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung des Marxismus zunichte geworden sind.

F. J. Strauss ist einer der gefährlichsten Politiker Deutschlands. Gerade wenn man für übernationale Lösungen offen ist, muss man sich vor seinen Entwürfen hüten, die viel mehr einem Europa in Deutschland als einem Deutschland in Europa Ausdruck geben:

«Ein Europa, das zum grösseren Vaterland für das deutsche Volk werden soll, wird weder an der Elbe noch an der Oder enden dürfen.»

«Durch den Beitrag zur Bildung einer europäischen Föderation fände Deutschland ein neues Selbst. Diese ‚Europäisierung der deutschen Frage‘ erfordert freilich, dass die Forderung der Deutschen nach Freiheit ihres geteilten Landes von der westeuropäischen Gemeinschaft voll übernommen wird.»

«Um Deutsche bleiben zu können, also um die Grundlagen unserer nationalen Eigenständigkeit in die Ära des Raumfahrtzeitalters hinüberzueretten und die Gemeinschaft unseres Volkes wiederherzustellen, müssen wir Europäer werden.»

«Das Mass unserer Möglichkeiten misst sich am Mass unserer Macht, das sich aus einer Kombination der Faktoren militärische Unentbehrlichkeit, wirtschaftliche Kraft, moralische und rechtliche Position ergibt. Sie richtig ins Spiel zu bringen, ist freilich keine Aufgabe der Mathematik, sondern bleibt Staatskunst.»

F. J. Strauss weiss sich ihrer zu bedienen. (Alle Zitate aus «Herausforderung und Antwort — ein Programm für Europa».)

Stellungnahmen von Bundeskanzler *Kiesinger* und Bundesausserminister *Willy Brandt*, der es in der Hand gehabt hätte, ehemalige Kriegsverbrecher aus ihren Ämtern zu entfernen und es *nicht* getan hat, beweisen, dass es sich bei den Aussagen von F. J. Strauss tatsächlich um die Generallinie der Bonner Regierung handelt, nämlich:

«Das Abendland zu kräftigen, seine geraubten deutschen, magyrischen und rumänischen Gebiete zurückzugewinnen durch friedliche Ausnutzung jeglicher politischer Möglichkeit, heisst tatsächlich das Ziel, wofür wir wirken müssen» (*Kiesinger* in «Süddeutsche Vierteljahresblätter», 1966) und «Über die Einigung im westlichen Teil Europas hinaus müssen die Länder Ost- und Westeuropas wieder zusammengeführt werden, unter veränderten Verhältnissen, auf neuer Basis. Das Ziel unserer Europapolitik hat mehr als den westlichen Zusammenschluss im Auge. Es gibt darüber hinaus eine deutsche Mitverantwortung für ein eigenes Interesse an Gesamteuropa.» (*Willy Brandt*, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 139, 1. Dezember 1967.)

Red.

Stimme der Gemeinde

Brief nach Polen 1. September 1939/1. September 1969

An das Polnische Friedenskomitee,
Herrn Professor Jerzy Bukowski,
Warschau

Sehr geehrter Herr Professor Bukowski!

Wir Herausgeber und Mitarbeiter der «Stimme der Gemeinde», in der 1967 Ihr Beitrag «Polen—Deutschland: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft» erschien, möchten über das Polnische Friedenskomitee uns mit einer Adresse an die Bevölkerung Ihres Landes wenden.

Am 1. September vor dreissig Jahren begann mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Ihr Land der Zweite Weltkrieg. Wir möchten Sie aus Anlass dieses Tages wissen lassen, dass wir das Leid und die Leiden nicht vergessen haben, die Deutsche mit dem Hochmut und der Brutalität einer «Herrenrasse» durch diesen Akt nackter Gewalt über das polnische Volk gebracht haben. Viele von uns sind als Soldaten Augenzeuge schrecklicher Greuel gewesen: der Vertreibungen von Haus und Hof, der Verhaftungen polnischer Männer, besonders der Intelligenz; viele von uns sahen Kolonnen von Polen und Juden, die ihr eigenes Grab schaufeln mussten; wir denken an die Verordnung, dass Polinnen unter Androhung von Strafe bis zum 27. Lebensjahr keine Kinder gebären durften; wir denken an die Schliessung der Schulen, damit ein polnisches Volk von Sklavenarbeitern und Analphabeten den deutschen «Herrenmenschen» zur Ausbeutung zur Verfügung stehe. Wir denken an den Befehl zur Ausradierung Ihrer Hauptstadt *Warschau*, der mit der uns Deutschen eigenen Gründlichkeit vollzogen wurde; an die Marterkeller der Gestapo und SS, an das Getto mit seinen 400 000 Opfern, an das Todeslager *Auschwitz*, in dem 4 000 000 Menschen aus ganz